



„Der Kuli arbeitet billig und willig...“

Saisonarbeiter um 1900 in Mitteleuropa zwischen wirtschaftlichem Kalkül und sozialer Diffamierung

IRA SPIEKER

Am 27. November 1906 veröffentlichte die *Neue Freie Presse* einen Artikel des Nationalökonomen Dr. Max Nitzsche. Diese Zeitung, eines der zentralen Publikationsorgane der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, wurde vor allem vom liberalen Bildungsbürgertum gelesen. Der Titel des Beitrags lautete: Ein Antrag auf Einführung chinesischer Arbeiter nach Ungarn. Nitzsche berichtete über Erwägungen des landwirtschaftlichen Vereins des Komitats Békés, 15.000 bis 20.000 „Kulis“ aus China für Erntearbeiten „einzuführen“.¹ Diese auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinende Maßnahme sollte vordergründig dem strukturellen Mangel an Saisonarbeitern in der Erntezeit abhelfen. Gleichzeitig wollte der Verein durch seinen Vorschlag dem Druck entgegensteuern, den die dringend benötigten Erntearbeiter ausüben konnten – und dadurch womöglich bessere Konditionen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Vergütungen aushandelten. Sofern sich die Saisonkräfte nicht bis zum 31. Januar des Jahres bereit erklärten, Ernteverträge abzuschließen, wollte der landwirtschaftliche Verein seinen Beschluss umsetzen. Nitzsche drückte sein Erstaunen über diesen Plan aus, denn „Ungarn sperrt sich sonst sehr gern gegen alle Fremden ab“.

Die Verwaltungseinheit Békés umfasste zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Fläche von etwa 3.700 Quadratkilometern und zählte knapp 300.000 Einwohner. Davon galten – der umstrittenen Volkszählung von 1910 zufolge – 73 Prozent als Magyaren, 22 Prozent als Slowaken, jeweils zwei Prozent als Rumänen und Deutsche. Ein weiteres Prozent der Einwohner setzte sich aus verschiedenen Nationalitäten zusammen.² Obwohl es sich bei der Doppelmonarchie also bereits um einen Vielvölkerstaat handelte, diagnostizierte der Nationalökonom Nitzsche eine ablehnende Haltung gegenüber „Fremden“ – oder erwartete sie zumindest. Vermutlich traf er seine Einschätzung vor dem Hintergrund der inneren

1 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: HStA DD) 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857 (Ausländische landwirtschaftliche Arbeiter, Bd. 3: 1904–1918), Bl. 49.

Dieser Beitrag basiert auf Quellenmaterial, das im Rahmen des DFG-Projekts „Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moderne. Sächsische und oberlausitzische Agrargesellschaften zwischen Rétablissement und Erstem Weltkrieg“ erhoben und in diesem Kontext sowie in dem vom Sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst geförderten Forschungsvorhaben „Machtkonstellationen und Wissenskonzepte. Ländliche Lebenswelten in Sachsen im 19. Jahrhundert zwischen Innovation und Tradition“ ausgewertet wurde (vgl. www.isgv.de).

2 Zu den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 vgl. Geographischer Atlas zur Vaterlandskunde an der österreichischen Mittelschulen. Wien 1911.

Spannungen und (Nationalitäten-)Konflikte, die vor allem durch die Magyarisierungspolitik sowie die Selbstständigkeitsbestrebungen der nichtmagyarischen Völker ausgelöst wurden.

Die Zuwanderung von 15.000 bis 20.000 „Kulis“ hätte dem Komitat Békés eine weitere Gruppe mit fünf bis sieben Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung hinzugefügt.

Max Nitzsche vermutete denn auch, dass die Regierung dem Plan nicht zustimmen werde. Schließlich ergebe sich daraus, bei vorsichtiger Hochrechnung, ein Bedarf von mehreren hunderttausend „Kulis“ im gesamten Land. Diese Aussicht erregte in mehrerer Hinsicht bei Politikern wie Volkswirten – gelinde ausgedrückt – Besorgnis. Dabei zählte Dr. Max Nitzsche keinesfalls zu denjenigen Ökonomen, die der „Gelben Gefahr“ das Wort redeten; er sah im Gegenteil auch Möglichkeiten wechselseitiger wirtschaftlicher Bereicherung, nicht zuletzt durch die Steigerung der Kaufkraft asiatischer Nationen durch den Import ihrer Produkte, was sie wiederum zu potenziellen Abnehmern von europäischen Exportgütern machte (Mehnert 1995, 39).

Die Idee, chinesische Arbeiter in großer Zahl für den Einsatz in der Landwirtschaft nach Ungarn zu bringen, mag zwar aus heutiger Perspektive erstaunen, war jedoch in ihrem zeitlichen Kontext so außergewöhnlich nicht. Die westpreußische Landwirtschaftskammer hatte bereits anderthalb Jahrzehnte zuvor einen Sturm der Entrüstung entfacht, als sie die „Einfuhr“ chinesischer „Kulis“ in großem Stil vorgeschlagen hatte.³ Zwischen 1890 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden an das preußische Landwirtschaftsministerium immer wieder Forderungen herangetragen, chinesische Arbeiter für landwirtschaftliche Tätigkeiten anzuwerben (Conrad 2003, 82 f.). Die Vorschläge entsprangen nicht den exotischen Phantasien isolierter Gutsbesitzer, sondern orientierten sich an der Praxis anderer Staaten, die in der Tat Erfahrungen mit asiatischen Saisonarbeitern gemacht hatten. Ende des Jahre 1899 hatte zudem Kaiser Wilhelm II. einen „Bericht über die Beschäftigung chinesischer Kulis in Deutschland“ eingefordert (Nichtweiß 1959, 63).

Was aber ist ein „Kuli“ – oder genauer: Was wurde in der zeitgenössischen Diktion darunter verstanden? Unter dieser Bezeichnung wurden zunächst alle Tagelöhner ohne eigenen oder gepachteten Besitz in Vorderindien (Indien, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka und den Malediven) subsumiert, schließlich auch diejenigen Arbeiter aus Ostasien (insbesondere aus Japan und China), die zur Auswanderung in tropische Länder angeworben wurden. Die Anwerbung geschah verstärkt ab Mitte des 19. Jahrhunderts; asiatische Arbeiter sollten die Lücke schließen und diejenigen Arbeiten verrichten, „zu welchen vor Unterdrückung des Sklavenhandels Neger angekauft wurden“.⁴ Insbesondere der rasante Bevölkerungsanstieg in China förderte die Arbeitsmigration nach Übersee, zeitgleich entwickelte die Entdeckung von Goldvorkommen in den USA (Kalifornien) und Australien eine Sogwirkung. Um 1880 wurden in den USA bereits fast 105.000 chinesische Einwohner verzeichnet; in Kanada waren es knapp 4.400. In Australien und Neuseeland hatte das Goldfieber bereits wieder der Ernüchterung Platz gemacht; zudem erschwerten wirtschaftliche Beschränkungen die Zuwanderung, sodass die Anzahl der chinesischen „Kulis“ nur noch 44.000 betrug. Neben der eher freiwilligen Migration im Zuge des Goldrauschs stellte die Anwerbungspraxis für landwirtschaftliche Arbeiten ein besonders dunkles Kapitel in der Geschichte der chinesischen „Kulis“ dar: Durch die Öffnung der chinesischen Häfen ab 1860 entwickelte sich ein regelrechter „Handel“, insbesondere über

3 Vgl. HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857, Bl. 52.

4 Stw. „Kuli“, In: Meyers Konversations-Lexikon, Bd. 10 Leipzig 1888, S. 288 f., hier S. 288.

den portugiesischen Stützpunkt Macao. Diese Praxis wies durchaus strukturelle Übereinstimmungen mit der Sklaverei auf – zumal etliche Arbeiter gegen ihren ausdrücklichen Willen verschifft wurden. Im Jahr 1873 musste die portugiesische Regierung den Kulihandel auf Druck der britischen und chinesischen Regierung schließlich einstellen. „Kulis“ arbeiteten vor allem auf Baumwoll- und Zuckerplantagen, vor allem in Süd- und Mittelamerika; zudem wurden sie dort für den Eisenbahnbau eingesetzt (vgl. Blum 2001). Die katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen der chinesischen Arbeiter waren nicht nur menschenunwürdig, sondern gefährdeten Leib und Leben, sodass die Sterblichkeitsrate unter ihnen ausgesprochen hoch war. In den 1870er-Jahren wurden erste Verträge zwischen China und lateinamerikanischen Staaten geschlossen, die den Arbeitskräften bessere Bedingungen zusicherten.

Arbeitsmigration und „Leutenot“

Auf die (vermeintlichen) Erfahrungen der überseeischen Staaten mit den asiatischen Arbeitern beriefen sich nun die Beamten der deutschen Staaten sowie der k.u.k. Monarchie, wenn sie für oder wider den Einsatz von „Kulis“ argumentierten. Notwendig war die Beschäftigung von zusätzlichen Arbeitskräften, das stand – zumindest für potenzielle Arbeitgeber – außer Frage. Der eklatante Arbeitskräftemangel in Industrie und Landwirtschaft erforderte Phantasie und innovative Konzepte, um die Produktivität dieser Erwerbszweige weiterhin zu gewährleisten. „Landflucht“ und „Leutenot“ bildeten seit den 1850er Jahren prägende Schlagwörter im öffentlichen Diskurs. Dabei bezeichnete die so genannte „Leutenot“ nicht etwa die wirtschaftlichen oder sozialen Bedingungen, mit denen sich Arbeitende in der Landwirtschaft konfrontiert sahen. Ganz im Gegenteil spiegelte diese Bezeichnung die Mangelsituation der Arbeitgeber wider: Insbesondere in mittel- und großbäuerlichen Betrieben fehlten Arbeitskräfte in erheblichem Ausmaß. Bessere Verdienstmöglichkeiten in industriellen Betrieben sowie weniger reglementierte Lebensumstände (erinnert sei nur an die Bedingungen des Gesindedienstes) ließen diese Alternative deutlich attraktiver erscheinen. Zudem wurden hier ganzjährig Beschäftigungsmöglichkeiten geboten.

Auch die Intensivierung von Anbaumethoden in der Landwirtschaft sorgte für einen erhöhten Arbeitskräftebedarf auf dem agrarischen Sektor. Allerdings waren die Bedingungen, zumal in den Staaten des Deutschen Reiches, alles andere als optimal, sodass es sich durchaus als schwierig erwies, Arbeitskräfte für die Dauer einer Saison anzuwerben. Schon die einheimischen Arbeiterfamilien, für die vergleichsweise bessere Konditionen galten, litten unter katastrophalen Verhältnissen. Abgesehen von der geringen Entlohnung waren auch die Arbeits- und Lebensbedingungen alles andere als erstrebenswert, wie ein Artikel im „Volkswillen“ vom 27. Oktober 1901 verdeutlicht:

„Wenn man ferner bedenkt, daß die Kolonialwaaren auf dem Lande bedeutend theurer sind, wie in den Städten, so ist das Bild des Elends vollständig. Von einem behaglichen Familienleben ist natürlich keine Spur. Männer und Frauen sind abgearbeitet und ermattet, wenn sie in ihre elenden Wohnungen kommen, die Kinder schmutzig und nur mit den nothdürftigsten Kleidungsstücken versehen, das Mobilien in den Wohnungen ärmlich, und das bischen freie Zeit, was sich noch ergattern läßt, muß ausgenutzt werden, um das gepachtete Stückchen Land, das die Kartoffeln und die nothwendigsten Früchte für die Familie liefern soll, im Stande zu erhalten. So vegetieren diese Leute dahin.“

(zit. nach Baalman 2006, 202)

Der deutsche Landwirtschaftsrat formulierte daher auf seiner 41. Plenarsitzung im Februar 1913 als eine der vordringlichsten Aufgaben der landwirtschaftlichen Vertretungen, die „wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter“ zu betreiben, „um einen ausreichend seßhaften Landarbeiterstand, wo er verloren gegangen ist, wieder heranzuziehen“.⁵ Dahinter steckten nicht etwa altruistische Motive, sondern die Befürchtung, dass eine zunehmende Anzahl ausländischer Arbeitskräfte die so genannte Landflucht noch steigern und verstetigen würde. Diese „Verdrängungstheorie“⁶ sah nicht nur die nationale Gesinnung der Bevölkerung gefährdet, sondern auch die gesamte Volkswirtschaft, genauer: das Ideal des autarken Staates – durchaus mit Blick auf mögliche Kriegssituationen.

Der Einsatz von Wander- und Saisonarbeitern stellte jedoch bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine notwendige Maßnahme dar, um den Personalbedarf in Produktionsspitzen annähernd zu sichern. Dabei handelte es sich um ein Phänomen von gigantischem Ausmaß: Die massenhaften Wanderbewegungen erstreckten sich über ganz Mitteleuropa. Fast schon sprichwörtlich sind die so genannten „Hollandgänger“, die aus strukturschwachen Gebieten deutscher Staaten Arbeit und bessere Verdienstmöglichkeiten im niederländischen Land- und Gartenbau suchten. Bei den „Sachsendängern“ hingegen handelte es sich vor allem um Saisonarbeiter im Zuckerrübenanbau in der Provinz Sachsen – vorzugsweise aus Oberschlesien, was wiederum dringend benötigte landwirtschaftliche Arbeitskräfte aus jener Provinz abzog. Serbische Wanderarbeiter fanden vor allem in Ungarn Beschäftigung: Ganze Landstriche Serbiens lebten von der Saisonarbeit, und in bestimmten Regionen gab es kein Dorf ohne Familie, aus der kein Mitglied auf Wanderarbeit ging (Calic 1994, 180).

Für Bulgarien ließ sich eine ähnliche Entwicklung konstatieren, wie das Kaiserliche Generalkonsulat in Sofia am 5. Februar 1908 vermeldete: Alljährlich im Frühjahr zog ein großer Strom von Wanderarbeitern (sämtlich Gärtner und Gemüsebauern) nach Rumänien, Südrussland, Ungarn und bis in die Nähe von Wien. Sie kehrten jedes Jahr an denselben Ort zurück und betrieben dort Gemüsebau. Das war auch der Grund, warum diese Arbeiter nicht für die Saisonarbeit (vor allem Ackerbestellung) im Deutschen Reich zur Verfügung standen – trotz entsprechender Anwerbungsversuche. Die Landwirtschaftskammer des Königreichs Sachsen beispielsweise bemühte sich, lohnende Vorzüge aufzulisten, die eine Beschäftigung dort bieten würde: Bulgarische Arbeiter könnten in der deutschen Landwirtschaft „viel sehen und lernen, was sie zu Hause anwenden und wodurch sie in ihrer Heimat zu Pionieren der Kultur werden“⁷ Trotz dieser Versicherungen standen allenfalls diejenigen bulgarischen Saisonarbeiter, die üblicherweise nach Amerika „pendelten“, jedoch aufgrund ungünstiger Arbeitsverhältnisse im Sommer 1907 vorzeitig wieder zurückgekehrt waren, für eine Anwerbung zur Verfügung – jedenfalls zu entsprechenden Konditionen.

Geplante Anwerbungsversuche unter deutschsprachigen Ungarn für Preußen wurden nicht ausgeführt, obwohl die deutsche Botschaft in Wien auf die guten Erfahrungen mit

5 HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15848 (Arbeiterverhältnisse bei der Landwirtschaft, Bd. 4, 1911-1918), Bl. 34.

6 Diese Annahme geht auf Analysen von Max Weber zurück, die dieser auf der Grundlage einer Enquete des Vereins für Socialpolitik ausföhrte; vgl. Herbert 2001, 26 ff.

7 HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857, Bl. 58.

jenen Arbeitern sowie die bescheidene Lohnforderungen verwies (Nichtweiß 1959, 59).⁸ Der Abzug dieser Arbeitskräfte hätte mit Sicherheit das Missfallen der ungarischen Regierung erregt. Vertreter der schlesischen Landwirtschaftskammer berichteten im Jahr 1899 dagegen von einem Überschuss an landwirtschaftlichen Arbeitern in Österreich-Ungarn, die allerdings – der Arbeitsbedingungen und Bezahlung wegen – eher in den Westen des Deutschen Reiches übersiedelten (Nichtweiß 1959, 59).⁹

Neben diesen Anwerbsstrategien, die heiß begehrte Arbeitskräfte locken sollten, bestanden heftigste Abgrenzungsbestrebungen, die Arbeitswillige unerwünschter Nationen zurück in ihre Heimat befördern sollten. Hier zeigte sich eine klare Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Wanderarbeitern, zwischen erwünschter Hilfe und unerwünschter Last. Während polnische Arbeiter noch in den 1880er-Jahren als genügsame Arbeitskräfte geschätzt und willkommen waren, änderte sich diese Haltung ein Jahrzehnt später. Bereits 1885 hatte Preußen einen Ausweisungsbeschluss gefasst, der 40.000 polnische Staatsangehörige betraf. Die Gutsbesitzer verloren damit ein Drittel ihrer Arbeitskräfte – eine wirtschaftlich unhaltbare Situation. Der westpreußische Zentralverein äußerte daher 1890 die dringende Bitte, die östliche Grenze während der Sommermonate für ländliche Arbeiter aus Russisch-Polen wieder zu öffnen (Herbert 2001, 21). Erst jetzt wurden erneut Sondergenehmigungen erlassen, d.h. ledige Männer aus Polen konnten für eine Saison verpflichtet werden.

Die kontrovers geführte Debatte hierzu zeigt die unterschiedlichen Interessen auf: Während die Landwirte auf der einen Seite einen konkreten wirtschaftlichen Bedarf anmeldeten, standen auf der anderen Seite politisch-nationale Vorbehalte, zumal gegen polnische Staatsangehörige. Zudem wurden auswärtige Saisonarbeiter wegen ihrer niedrigen Löhne und geringen Bedürfnisse als heftige Konkurrenz für die einheimischen Landarbeiter gesehen. Der Vorwurf von Anspruchslosigkeit und Billigkeit sowie der Zugehörigkeit zu einer vermeintlich tieferen Kulturstufe zog sich in den kommenden Jahrzehnten durch alle Abgrenzungsbestrebungen, seien sie juristischer oder publizistischer Provenienz. Ein Artikel über den Schutz der „nationalen Arbeit“ in Deutschland, der in den *Mitteilungen des Handelsvereins* am 20. Januar 1907 erschien, belegt diese Doppelpargumentation:

„Man muß der deutschen Regierung Dank wissen, daß sie, wenn auch nicht aus sozialpolitischen, so doch aus nationalpolitischen Gründen den Zuzug der slawischen Arbeiter nach Kräften einzuschränken sucht, da diese zweifellos in höherem Grade als Angehörige anderer europäische Nationen eine Gefahr für das deutsche Volkstum bilden.“¹⁰

Anlass zu dieser Dankeshymne gab die Regelung, dass Arbeitskräfte bis zum 20. Dezember des Jahres das Staatsgebiet zu verlassen hatten, um der „wachsenden Slawisierung der östlichen Grenzprovinzen“ Einhalt zu gebieten. Der Rat der Ministerial-

8 Hervorgehoben wurde insbesondere ihre Rolle als Streikbrecher in ungarischen Komitaten, in der sie ein Gegengewicht zu den „reizbaren Magyaren“ bildeten (ebd.).

9 Vgl. dagegen wiederum die Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung zu den Praktiken der (preußischen) Arbeitsvermittlung für Saisonkräfte und den rechtlichen Modifikationen (Nichtweiß 1959, 187–200).

10 HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857, Bl. 52.

verfügung lautete, stattdessen „politisch weniger bedenkliche Elemente“ wie beispielsweise Deutsch-Österreicher, Italiener, Niederländer oder Dänen zu beschäftigen. Dieser Vorschlag war selbstverständlich nicht ohne weiteres umsetzbar, wie – neben allen strukturellen Widrigkeiten – allein die oben geschilderten Arbeitsbedingungen vermuten lassen. Ersatz für die „slawischen Arbeiter“ zu finden, war also nicht so einfach:

„Denn alle ‚politisch weniger bedenklichen‘ Ausländer gehören, etwa mit Ausnahme der Italiener, einer höheren Kulturstufe an und stellen infolgedessen höhere Ansprüche, sie wollen menschenwürdiger untergebracht und besser behandelt sein. Aber dazu wollen sich unsere feudalen Herren nicht gerne verstehen.“¹¹

Einerseits wurden anspruchslosigkeit und Billigkeit von den Arbeitsgebern gefordert bzw. durch die angetroffenen Strukturen diktiert, andererseits führte die Akzeptanz dieser Bedingungen zu sozialer Abwertung und Stigmatisierung durch Zurechnung zu einer minderwertigen Kulturstufe. Die Saisonkräfte sahen sich dementsprechend in einem Teufelskreis gefangen, aus dem sie nur schwer ausbrechen konnten – besonders da fehlende sprachliche Kompetenz und rechtliche Absicherung den Handlungsrahmen und die Verhandlungsoptionen deutlich einschränkten. Eine Form des „lautlosen Widerstandes“ als eine der wenigen Möglichkeiten überhaupt, sich gegen die harten Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, mangelhafte Verpflegung sowie katastrophale Unterbringung zur Wehr zu setzen, bildete der Kontraktbruch: Die Arbeitsstätte wurde – zumeist bei Nacht – heimlich verlassen, in der Hoffnung, auf einem anderen Hof bessere Bedingungen anzutreffen (Baalmann 2006, 236).

Wanderarbeiter aus dem (Fernen) Osten

Die Abgrenzungsbestrebungen gegen Saisonarbeiter aus den angrenzenden östlichen Regionen ließ erneut in einigen deutschen Provinzen – so beispielsweise in Westpreußen – die Idee entstehen, chinesische Arbeitskräfte in großem Stil zu „importieren“. Die öffentliche Debatte um „Einführung“ chinesischer „Kulis“ ist jedoch nicht nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dem offensichtlichen Arbeitskräftemangel abzuweichen. Die Forderung nach chinesischen „Kulis“ diente vermutlich in erster Linie dazu, Druck auf die Regierung(en) auszuüben und das Zuwanderungsverbot für Polen aufzuheben. Hier standen wirtschaftliche Erwägungen patriotischen Bedenken gegenüber. Eine weitere Gruppe von Befürwortern dieser Maßnahme wollte im Gegenteil den Einsatz von Saisonarbeitern anderer „unerwünschter“ Nationen – vor allem Polen – deutlich reduziert wissen. Die chinesischen Arbeitskräfte galten in gewissen Kreisen ostelbischer Gutsbesitzer – im Gegensatz zu den vermeintlich unzuverlässigen polnischen Saisonarbeitern – als „ordentlich“ und „ehrlieh“; entsprechende Informationen, die das preußische Innenministerium im Reichsmarineamt eingeholt hatten, bestätigten diese Einschätzung (Conrad 2003, 83 f.). Zudem schien von chinesischen Arbeitern, die einer so offensichtlich anderen Kultur angehörten, keine Gefahr auszugehen – in dem Sinne, dass sie sich in die Aufnahmegesellschaft integrierten. Diese Bevölkerungsgruppe wirkte offenbar dermaßen fremd, dass Kontakt und Austauschmöglichkeiten von vornherein ausgeschlossen waren. Und schließlich dienten

¹¹ Ebd.

die „Fernost-Planungen“ neben allen wirtschaftlichen Vorteilen auch dazu, Druck auf bereitstehende Landarbeiter auszuüben, wie das Beispiel aus Békés zeigt.

Den weitaus größten Teil der Diskussion prägte eindeutige Ablehnung potenziellen chinesischen Zuwanderern gegenüber. Den Diskurs dominierten die Argumentationsstrategien der niedrigeren Kulturstufe, der (ethischen) Minderwertigkeit und vor allem der Unsauberkeit, sowohl in körperlicher als auch in geistig-moralischer Hinsicht. Als Beweis wurden vermeintliche Erfahrungen mit chinesischen Arbeitern in Nordamerika und Australien, also „weißen“ und in der historischen Herleitung „europäischen“ Kontinenten angeführt.¹² Ausschließungsbestrebungen in Australien und den USA basierten diesen Selbstlegitimationen zufolge keineswegs auf „blindem Rassenhaß“, sondern auf berechtigtem Selbsterhaltungstrieb. In Kanada habe sich gezeigt, dass chinesische Proletarier „eine ständige Gefahr für die Hygiene und die öffentliche Sittlichkeit bilden“.¹³

Die enorme Bevölkerungsexplosion zwingt arbeitswillige Chinesen, außerhalb des eigenen Landes Verdienstmöglichkeiten zu suchen und bedrohe daher durch preisliche Unterbietung der „weißen“ Arbeiter die Lebenshaltung von Europäern, Amerikanern und Australiern – so warnte der Publizist und Jurist Dr. Alexander von Peetz 1908 (Mehnert 1995, 49). Chinesische Arbeitskräfte galten schon allein zahlenmäßig als Bedrohung für den heimischen Arbeitsmarkt. Die Instrumentalisierung des Schlagwortes von der „Gelben Gefahr“ zielte jedoch vorwiegend auf vermeintliche soziale Ausprägungen. Ein Beispiel, das alle Argumentationsmuster aufnimmt, die zwischen 1880 und 1914 verwendet wurden, bietet ein Beitrag von Viktor Böhmert. Der Publizist und Nationalökonom äußerte sich in der von ihm seit 1877 redigierten *Sozial-Korrespondenz* folgendermaßen:

„Der Kuli arbeitet billig und willig; mit ihm kann man keine anderen Arbeiter, sondern nur ein niedrigstehendes Lasttier vergleichen; er hat auch keine anderen materiellen Bedürfnisse als dieses. Er lebt von schlechtestem Reis, und ein Stall, in dem er mit seinesgleichen zusammengepreßt liegt, genügt ihm als Wohnung. Das Niveau der westpreußischen Landarbeiter ist, an sächsischen oder westdeutschen Verhältnissen gemessen, tief, aber es ist unendlich hoch gegenüber der Lebenshaltung des Kulis, und unter den Einfluß dieser Lebenshaltung würden in Zukunft die Verhältnisse des deutschen landwirtschaftlichen Arbeiters gestellt werden. Natürlich besteht die Kuligefahr nicht nur für den deutschen Arbeiter, sie würde auf unser gesamtes Volkstum zurückwirken. *Der Chinese ist ein Pfahl im Fleisch aller nicht mongolischen Völker*; er würde es auch in Deutschland sein. Eine Chinesenfrage würde den sozialen Kampf in Deutschland ungemein verschärfen. Aber nicht nur wirtschaftlich, auch gesundheitlich bedeutet der Kuliimport eine große Gefahr für uns. Hygiene kennt der niedrig stehende Chinese nicht. Er ist vielfach mit ansteckenden Krankheiten behaftet, und es ist ihm gleich, ob er sie weiter verbreitet. Der Kuli hat den Aussatz nach Australien und Amerika verschleppt; er ist bei seiner Herdennatur und in seinen in jeder Beziehung unsauberen Lebensgewohnheiten ein ständiger Seuchenherd. Wer sich über alle diese Bedenken hinwegsetzen kann, der meint es nicht gut mit dem deutschen Volke.“¹⁴

12 Zum (antiasiatischen) Diskurs in den USA vgl. Mehnert 1995, 49–56.

13 HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857, Bl. 53.

14 HStA DD 10736, Ministerium des Innern, Nr. 15857, Bl. 53. Die *Sozial-Korrespondenz* wurde vom „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ herausgegeben, der mit dem selbsternannten Auftrag antrat, über soziale Fragen aufzuklären, um den Einflussbereich der Sozialdemokratie zu beschneiden.

Der argumentative Schachzug dieses Textes basierte darauf, chinesische Arbeiter durch entsprechende Attributierungen in die Nähe von Tieren zu rücken, anstatt sie mit Menschen gleichzusetzen. Dadurch war auch die Berechtigung für ihre soziale Deklassierung und Abwertung gegeben. Mehr noch, die vermeintliche Gefahr, die chinesische Arbeiter durch ihre Unsauberkeit, Unberechenbarkeit und Rücksichtslosigkeit darstellen, gebot es geradezu, im Sinne hilfloser und „erhaltenswerter“ Mitglieder der Aufnahmegesellschaft entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Und schließlich gab es – trotz oder wegen aller „Andersartigkeit“ – sehr wohl Befürchtungen, dass sich chinesische Arbeiter in Europa integrieren könnten. Im schlimmsten Fall wurde gar das Schreckgespenst der „Rassenvermischung“ an die Wand gemalt.¹⁵ Die Gefahr schien groß, galten doch die Chinesen als polygam und zudem „mit allen asiatischen Geschlechtstrieben und Perversitäten ausgestattet“; die deutschen Frauen hingegen waren wegen ihrer „bekannten Vorliebe der deutschen Weiblichkeit für alles Ausländische, vor allem für das Exotische“ besonders gefährdet – so die Ängste der männlichen Rufer in den Wind (Conrad 2003, 86). In diesen Argumentationskonzepten begünstigten sich die biologistisch determinierte Unterstellung von (ethnischer) Minderwertigkeit und die soziale Abwertung durch den konstruierten Makel einer ethisch-moralischen Charakterschwäche sowie kultureller Unterlegenheit gegenseitig. Einige Ökonomen plädierten dennoch dafür, sich im Interesse einer funktionierenden Landwirtschaft über nationale Bedenken und ethisch-moralische Gefahren hinweg zu setzen. Sollte die Arbeiternot fortbestehen, wird „auch zum Kuli gegriffen werden müssen“, so forderte es ein Berichterstatter vor dem Preußischen Landesökonomiekollegium im Jahr 1900. „Deutschland kann seine Landwirtschaft nicht zu Grunde gehen lassen. Es muss lieber mit einem Krebschaden rechnen, den es vielleicht nie mehr ausmerzen kann, als daß das Land unbebaut bleibt“ (zit. nach Nichtweiß 1959, 63).

Das Eigene und das Fremde – zwischen Furcht und Faszination

Stereotype wie diese stellen verallgemeinernde Werturteile dar, die auf Gruppen oder Einzelne (als Mitglieder einer Gruppe) angewendet werden (Hahn – Hahn 2002, 21). Verallgemeinerungen, wie sie durch Stereotypisierungen getroffen werden, haben eine Orientierungsfunktion: Sie sind notwendig, um die Komplexität der Lebenswelt mit ihren vielfältigen Informationen auf ein Maß zu reduzieren, das der eigenen Aufnahmekapazität entspricht. Sie wirken zudem stabilisierend in Bezug auf das jeweilige politische oder soziale System. Stereotype verändern sich im gesellschaftlichen und historischen Kontext in Bezug auf Bedeutungsinhalt, Wortlaut und Funktion.

Vorurteile bilden demgegenüber soziale Urteile ab, die nicht nur vorschnell auf mangelnder Informationsbasis getroffen werden und übergeneralisierend sind, sondern darüber hinaus auch starr und dogmatisch bleiben, d.h. das Urteil wird auch bei gegenteiliger Information nicht geändert. Vorurteile entstehen beispielsweise in Konkurrenz- und Konfliktsituationen; die Stigmatisierung der Fremdgruppe verstärkt den Zusammenhalt der Eigengruppe. Die Ausgrenzung geschieht häufig über die Konstruktion von sozialer Unerwünschtheit (Erb 1995, 16 f.). Stereotype hingegen wirken in ihrer sozialen Funktion

¹⁵ Im zeitgenössischen Diskurs wurde dafür das Schlagwort der „farblosen Gefahr“ geprägt; vgl. Conrad 2003, 86 f.

entweder integrativ oder ausgrenzend; zur Verstärkung der Einteilung in „Wir“ und „die Anderen“ werden eindeutige Werthierarchien aufgestellt (Hahn – Hahn 2002, 34). Heterostereotype – Vorstellungen von den „Anderen“ – sagen immer auch etwas über Autostereotype – das Selbstbild – aus. So steht das Stereotyp von der zivilisatorischen und ökonomischen Rückständigkeit der (slawischen) Völker, das auf Armut, Schmutz und Fortschrittsunfähigkeit dieser Nationen rekurriert, in enger Verbindung mit dem Autostereotyp des deutschen Bürgertums als Träger des Fortschritts (Hahn – Hahn 2002, 32). Der Topos der moralischen bzw. körperlichen Unsauberkeit zieht sich insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch den bürgerlichen Diskurs: Bestrebungen zur Hebung von Sittlichkeit und Reinlichkeit grenzten das Bürgertum nicht nur nach außen, sondern auch nach innen – genauer: gegen untere Sozialschichten – ab und sollten ihm zugleich den Nimbus von Aufgeklärtheit und Wohltätigkeit verleihen.

Fremdsein, etwas oder jemanden als fremd wahrnehmen, ist kein objektivierbarer Tatbestand, sondern charakterisiert eine spezielle Beziehung (Hahn 1998, 161). Die Definition variiert je nach ihrem zeitlichen, sozialen und kulturellen sowie politisch-rechtlichen Kontext. Die Konstruktion von Fremdheit kann dabei auf verschiedenen Ebenen stattfinden: in der Familie, einem Haushaltzusammenhang bzw. einer Wirtschaftsgröße, im Verhältnis zur Nachbarschaft, in Relation zum lokalen Siedlungszusammenhang oder im Verhältnis zu einer sprachlich-kulturell konstituierten Region. Seit dem 18. Jahrhundert wird Fremdheit zunehmend durch den Grad der Nichtzugehörigkeit zu einer Nation definiert. Traditionelle Völkerstereotype bestehen bereits seit dem Mittelalter; seit dem 18./19. Jahrhundert jedoch findet eine Übertragung in nationale politische Selbstdefinitionen statt. Diese sind wiederum mit historischen Verlaufsmodellen (christlicher, geschichtsphilosophischer oder biologischer Provenienz) koppelbar (Jeismann 1991, 90). Bis ins 19. Jahrhundert überlagerten sich lokale Bürgerrechtsbestimmungen, die zu starker Abschließung neigten, mit relativ offenen Regelungen für die Aufnahme in den Untertanenverband. Mit dem „Aufstieg“ des modernen Nationalstaats bildete dann die Erlangung der Staatsbürgerschaft die maßgebliche (politisch-rechtliche) Ebene. Nation meint in diesem Zusammenhang dasjenige Sozialsystem in der Übergangsphase zur modernen Gesellschaft, das die maximale Kombinationsmöglichkeit von Vorstellungen des Sozialen innerhalb eines realisierbaren Systems verkörpert (Stichweh 2002/2003, 51).¹⁶ Dabei bedingten die Mechanismen der Inklusion eine Art Engführung der Identitätskonstruktionen: „Die fiktive Einheit der nationalen Identität stiftet jenes kompensative ‚Wir‘, das die reale Steigerung von Differenz gerade verwehrt.“ (Hahn 2002/2003, 69 ff).

Die Nation wurde somit zur bestimmenden Bezugsgröße. Der Entwicklungsschub, den Begriff und Bedeutung „Nation“ im 19. Jahrhundert erhielten, basierte vor allem auf der zunehmenden Kommunikationsverdichtung (durch Alphabetisierung und Pressewesen) und einem agonalen Verständnis der internationalen Beziehungen: Die Spaltung der „Welt“ um 1830 in konstitutionelle Westmächte und neoabsolutistische Ostmächte verstärkte die Vorstellung von einem naturgegebenem Antagonismus der Völker und beförderte die Dominanz einer nationalen Identität (Hahn – Hahn 2002, 53).

Unterhalb dieser Ebene bestanden jedoch weiterhin Zugangssysteme, die die Partizipation an sozialen Gebilden und ökonomischen Ressourcen sicherten. Das zeigt sich gerade im Bereich der Arbeitsmigration überdeutlich. Hier spielten auch die Unterscheidungs-

16 Stichweh nennt diese Entwicklung „die eigentlich moderne Konstellation“ (Stichweh 2002/2003, 51).

merkmale in „gute“ Fremde, die als willkommene Arbeiter begrüßt wurden, und „schlechte“ Fremde, die entweder faul waren oder den Einheimischen die Verdienstmöglichkeiten raubten, eine große Rolle. Je nach zeitlichem, ökonomischem und sozialem Kontext änderten sich demzufolge die Kriterien für Exklusion oder Inklusion. Die Fähigkeit und die Bereitschaft, Fremde zu integrieren, unterliegen einem System von Wechselwirkungen von politischer Struktur, ökonomischen Bedingungen, juristischen Voraussetzungen, sozialen Gegebenheiten sowie kulturellen Eigenheiten.

In Bezug auf chinesische Landarbeiter stellte sich – zumindest in Europa – die Frage der Integrationsbereitschaft nicht real; die „Gelbe Gefahr“ blieb hier im Gegensatz zu Nordamerika und Australien lediglich ein abstraktes Diskussionsthema. Dennoch spielte dieses Schlagwort auch in Mitteleuropa eine wichtige Rolle, da die vermeintliche Bedrohung im Kontext von Außenpolitik und Wirtschaftspolitik instrumentalisiert wurde und dadurch zumindest strategisch an Bedeutung gewann. Die Polarisierung der Standpunkte, innerhalb der Begründungen des Pro und Contra, spiegelt nicht nur unterschiedliche politische Standpunkte und Interessen wider, sondern gibt auch einen Einblick in (Reaktionen auf) zunehmende Vernetzungen und Globalisierungsprozesse. Die große publizistische Resonanz auf alle Vorschläge und Forderungen in Bezug auf den „Import“ und die Beschäftigung chinesischer „Kulis“ zeigt zudem, dass die Vorstellung von asiatischen Landarbeitern in Mitteleuropa für breite Bevölkerungskreise ein Thema war, das die Gemüter erhitzte und die Phantasie anregte. Die Argumentationsmuster verweisen auf ein breites Spektrum zwischen Hoffnungen und Ängsten, wobei eindeutige Tendenzen von Ablehnung und Ausgrenzung überwogen. Das Bild vom Fremden basierte in diesem Fall noch jahrzehntelang auf der Macht der Imagination anstatt auf eigenen Erfahrungen.

Literatur

BAALMANN, MARIA

2006 *Zwischen Nähe und Distanz. Arbeit und Leben südniedersächsischer Gutsarbeiter im 19. Jahrhundert.* Göttingen /Beiträge zur Volkskunde in Niedersachsen 21/.

BLUM, VOLKER

2001 *Hybridisierung von unten. Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum.* Münster u.a. /Spektrum 79/.

CALIC, MARIE-JANINE

1994 *Sozialgeschichte Serbiens 1815–1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung.* München /Südosteuropäische Arbeiten 92/.

CONRAD, SEBASTIAN

2003 ‚Kulis‘ nach Preußen? Mobilität, chinesische Arbeiter und das Deutsche Kaiserreich 1890–1914. *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* 13, H. 4, S. 80–95.

ERB, RAINER

1995 Die Diskriminierung von Minderheiten – Wie entstehen Vorurteile? In *Entfesselte Feindbilder. Über die Ursachen und Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit.* Hg. von Holger Lengfeld. Berlin, S. 13–24 /fhw-Forschung, 27/28/.

HAHN, ALOIS

- 1998 ‚Partizipative‘ Identitäten – Ausgrenzung aus systemtheoretischer Sicht. In *Wiederkehr des „Volksgeistes“? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung*. Hg. von Roland Eckert. Opladen 1998, S. 143–181.
- 2002/2003 Theoretische Ansätze zu Inklusion und Exklusion. *Annali di sociologia – Soziologisches Jahrbuch* 16, S. 67–88.

HAHN, HANS HENNING – HAHN, EVA

- 2002 Nationale Stereotypen. Plädoyer für eine historische Stereotypenforschung. In *Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen*. Hg. von Hans Henning Hahn, unter Mitarb. von Stephan Scholz. Frankfurt/M. u.a., S. 17–56 /Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 5/.

HERBERT, ULRICH

- 2001 *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Gastarbeiter, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge*. München.

JEISMANN, MICHAEL

- 1991 Was bedeuten Stereotypen für nationale Identität und politisches Handeln? In *Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität*. Hg. von Jürgen Link – Wulf Wülfing. Stuttgart, S. 84–93.

MEHNERT, UTE

- 1995 *Deutschland, Amerika und die „Gelbe Gefahr“*. Zur Karriere eines Schlagworts in der Großen Politik, 1905–1917. Stuttgart /Transatlantische historische Studien 4/.

NICHTWEIB, JOHANNES

- 1959 *Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914*. Berlin /Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin 4/.

STICHWEH, RUDOLF

- 2002/2003 Inklusion/Exklusion und die Soziologie des Fremden. *Annali di sociologia – Soziologisches Jahrbuch* 16, S. 47–56.

„A kuli olcsón és jól dolgozik...”

Idénymunkások 1900 körül Közép-Európában a gazdasági kalkulációk
és a szociális rágalmak keresztüzében
(Összefoglalás)

A 19. század végi Közép-Európa országaiban egyre gyakrabban vetődtek föl javaslatok, kínai kulik mezőgazdasági idénymunkára való alkalmazására. A magyarországi Békés megyében 1907-ből tudjuk adatolni e felvetés meglétét. E tervek háttérében általában az egyre fokozódó mezőgazdasági munkaerőhiány rejlett. Az efféle tervek fölvetése ezen túlmenően a kormányokra és a helyi munkaezre is nyomást kívánt gyakorolni. A 19. század közepétől a mezőgazdasági idénymunkások hazájuk határain túl egyre nagyobb számban kerestek maguknak jobb kereseti lehetőséget. Ezeknek az idénymunkásoknak a megítélése a célországokban ambivalens volt: egyrészt mint hön óhajtott munkaerőt kezelték őket, másrészt (mint a nem kívánatos nemzetek képviselőire) kirekesztőleg tekintett a „befogadó” társadalom. Az egyre nyomasztóbb munkaerőhiány váltotta ki a „kulik” importálásának ötletét. A kínai idénymunkások foglalkoztatását teljesen pragmatikusan kezelték: az ötlet hangoztatói a „kulikat” kifejezetten dolgoznak és becsületesnek, miközben olyannyira exotikusnak, s a befogadó ország szempontjából olyannyira „másnak” tartották, hogy asszimilációjuk veszélyétől, illetve a helyi társadalomba történő beépülésüktől nem kellett tartani. A felvetés ellenzői viszont a „rasszok keveredésének” a veszélyeire mutattak rá, és a kínaiak etikai-erkölcsi alacsonyabrendűségével és az ázsiaiak szexuális szenvedélyességének sztereotípiáival érveltek. Az argumentációk irányai mutatják, hogy az „idegenség” 19. századi megkonstruálása a nemzeti államok kialakulásával szorosan összefonódott, így a befogadás vagy kirekesztés kritériumait politikai, gazdasági és társadalmi összefüggésben kell elemezni.

(Liszka József ford.)